

4028 A Justiz-Ministerial-Blatt für Hessen

HESSEN



HERAUSGEGEBEN VOM HESSISCHEN MINISTERIUM DER JUSTIZ

73. Jahrgang

Wiesbaden, den 1. März 2021

Nr. 3

Inhalt:	Runderlasse	
	Nr. 6 Einrichtung eines Online-Klausurenkurses für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare. RdErl. d. HMdJ v. 13.01.2021 (2220-II/E4-2019/10579-II/E)	66
	Veröffentlichung der Notarkammern	
	Beschluss der Kammerversammlung der Notarkammer Kassel vom 18.11.2020; hier: Änderung der Satzung der Notarkammer in Kassel	68
	Personalnachrichten	69
	Stellenausschreibungen	77
	Interessensbekundungsverfahren	81

R U N D E R L A S S E

Nr. 6 Einrichtung eines Online-Klausurenkurses für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare. RdErl. d. HMdJ v. 13.01.2021 (2220-II/E4-2019/10579-II/E)

- JMBI. S. 66 -

- Gült.-Verz. Nr. 322 -

1. Es wird zusätzlich zu den fortbestehenden Klausurarbeitsgemeinschaften ein zentraler Online-Klausurenkurs eingerichtet, in welchem jährlich zehn Klausuren aus dem Zivilrecht und jeweils fünf Klausuren aus dem Strafrecht und dem Verwaltungsrecht angeboten werden. Zu diesem Zweck wird bei den in Nr. 5 Satz 1 genannten Stellen jeweils ein Korrektorenpool aus dem Kreis der von dem Hessischen Ministerium der Justiz bestellten Korrektorinnen und Korrektoren gebildet. Zur Korrektorin oder zum Korrektor kann bestellt werden, wer die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst hat.
2. Zu dem Online-Klausurenkurs sind alle im Vorbereitungsdienst bis zum Ablauf des 20. Monats sowie im Ergänzungsvorbereitungsdienst befindlichen Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare mit der Maßgabe zugelassen, dass eine Korrektur nur erfolgt, sofern die Ausbildungsstation, die dem der jeweiligen Klausur zugrundeliegenden Rechtsgebiet entspricht, von der Bearbeiterin oder dem Bearbeiter bereits begonnen oder abgeschlossen wurde.
3. Die Teilnahme am Online-Klausurenkurs ist freiwillig.
4. Die Klausuraufgaben werden vom Hessischen Ministerium der Justiz zu auf dessen Homepage bekanntgegebenen Zeitpunkten online auf der Plattform des elektronischen Lernprogramms ELAN-REF zum Herunterladen durch die Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare eingestellt und nebst einer amtlichen Lösungsskizze und, soweit vorhanden, dem Prüfervermerk über die in Nr. 5 Satz 1 genannten Stellen den zur Korrektur eingeteilten Korrektorinnen und Korrektoren übersandt.
5. Zur Korrektur bestimmte Bearbeitungen müssen spätestens bis zum Ablauf des vierten auf die Einstellung der Klausur folgenden Tages bei der Stammdienststelle der Bearbeiterin oder des Bearbeiters, im Falle einer Ö-Klausur bei dem für den Sitz der Stammdienststelle örtlich zuständigen Regierungspräsidium, unter Beifügung eines adressierten und frankierten Rückumschlags eingegangen sein. Auf der Bearbeitung müssen Name und aktuelle Ausbildungsstation der Bearbeiterin oder des Bearbeiters angegeben sein. Bearbeitungen, bei denen die Voraussetzungen für eine Korrektur nach Satz 1 und 2 sowie Nr. 2 nicht vollständig vorliegen, werden der Bearbeiterin oder dem Bearbeiter ohne Korrektur zurückgesandt oder zurückgegeben.
6. Die eingegangenen Bearbeitungen, bei denen die Voraussetzungen für eine Korrektur nach Nr. 2 sowie Nr. 5 Satz 1 und 2 vorliegen, werden von den in Nr. 5 Satz 1 genannten Stellen auf die Korrektorinnen und Korrektoren des dort gebildeten Korrektorenpools verteilt, die sich nach vorheriger Abfrage für diesen Termin zur Korrektur bereit erklärt haben. Bei nicht ausreichenden Korrekturkapazitäten innerhalb eines Korrektorenpools kann unter Vermittlung durch das Oberlandesgericht, im Falle einer Ö-Klausur durch das Regierungspräsidium Darmstadt, auf verfüg-

Satz 2 gilt entsprechend, wenn an einer der in Nr. 5 Satz 1 genannten Stellen weniger als fünf Bearbeitungen eingehen.

7. Die den Korrektorinnen und Korrektoren übersandten Klausuren werden von diesen in Form von Randbemerkungen korrigiert und mit einer Note und Punktzahl nach § 15 Abs. 1 JAG beurteilt. Die Korrektorinnen und Korrektoren übersenden sodann die Bearbeitungen unmittelbar unter Verwendung des Rückumschlags und unter Beifügung der amtlichen Lösungsskizze der jeweiligen Bearbeiterin oder dem jeweiligen Bearbeiter. Eine Besprechung findet nicht statt.
8. Über die von den Bearbeiterinnen und Bearbeitern gezeigten Leistungen wahren die Korrektorinnen und Korrektoren Dritten gegenüber Stillschweigen. Das gilt auch gegenüber Dienstvorgesetzten, den Leiterinnen und Leitern der Pflichtarbeitsgemeinschaft und sonstigen Ausbilderinnen und Ausbildern.
9. Die den Korrektorinnen und Korrektoren übersandten Aufgabentexte, amtlichen Lösungsskizzen und Prüfervermerke sind urheberrechtlich geschützt. Sie dürfen Dritten nicht zugänglich gemacht und nur zum Zwecke der Korrektur verwendet werden und sind anschließend zu vernichten; davon ausgenommen ist die Versendung der amtlichen Lösungsskizzen an die Bearbeiterinnen und Bearbeiter nach Nr. 7 Satz 2. Vervielfältigungen, Verbreitung und sonstige Verwertung, auch in Form von Bearbeitungen oder Auszügen, sind nur mit Zustimmung des Justizprüfungsamts gestattet.
10. Die Korrektorinnen und Korrektoren erstatten auf Aufforderung der in Nr. 5 Satz 1 genannten Stellen zum Zwecke einer Evaluation einen Tätigkeitsbericht über die bei den Korrekturen gemachten Erfahrungen. Die in Nr. 5 Satz 1 genannten Stellen übersenden eine Abschrift des Berichts auf dem Dienstweg an das Ministerium der Justiz, bei einer Übersendung durch ein Regierungspräsidium an das Ministerium des Innern und für Sport.
11. Die Korrektorinnen und Korrektoren erhalten für ihre Tätigkeit eine Vergütung in Höhe von 11 Euro für jede korrigierte Bearbeitung. Sie rechnen hierzu ihre Korrekturen unter Angabe der Zahl der korrigierten Klausuren gegenüber den in Nr. 5 Satz 1 genannten Stellen ab.

Für die Bewilligung und Zahlbarmachung der Vergütungen sind die in Nr. 5 Satz 1 genannten Stellen zuständig. In der Bewilligung ist der Zahlungsweg (Kreditinstitut und IBAN) anzugeben. Die Vergütungen gehören zu den Einkünften aus selbstständiger Tätigkeit und sind nach § 3 Nr. 26 des Einkommenssteuergesetzes steuerfrei, soweit die Voraussetzungen dieser Vorschrift im Einzelfall erfüllt sind.

12. Dieser Runderlass tritt mit Wirkung vom 1. September 2020 in Kraft.
-

VERÖFFENTLICHUNG DER NOTARKAMMERN

**Beschluss der Kammerversammlung der Notarkammer Kassel vom 18.11.2020;
hier: Änderung der Satzung der Notarkammer in Kassel.**

Änderung

der in der Kammerversammlung der Notarkammer Kassel am 14.11.2001 beschlossenen Satzung der Notarkammer Kassel – veröffentlicht in den MITTEILUNGEN der Notarkammer Kassel 1/2002 sowie im Justiz-Ministerial-Blatt für Hessen Nr. 4/2002. S. 250 ff.; zuletzt geändert in der Kammerversammlung der Notarkammer Kassel am 29.11.2017, veröffentlicht in den MITTEILUNGEN der Notarkammer Kassel Nr. 1/2018 sowie im Justiz-Ministerial-Blatt für Hessen Nr. 4 S. 448 ff.-

Die Satzung der Notarkammer Kassel wird in Ziffer 36 wie folgt geändert:

„Veröffentlichungen

36. Alle Entschlüsse der Kammerversammlung und des Vorstandes werden in den MITTEILUNGEN der Notarkammer Kassel veröffentlicht. Die MITTEILUNGEN werden allen Kammermitgliedern in Papierform oder elektronisch übermittelt. Entschlüsse mit Rechtssetzungscharakter werden zusätzlich im Justiz-Ministerial-Blatt für Hessen veröffentlicht.“

Beschlossen in der Versammlung der Mitglieder der Notarkammer Kassel am 18.11.2020.

(Zappek)
Präsident

PERSONALNACHRICHTEN

Die Personalnachrichten enthalten nur solche Personalveränderungen, mit deren Veröffentlichung sich die oder der Bedienstete einverstanden erklärt hat.

Oberlandesgericht

Ausgeschieden ist

wegen Ruhestand:

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht
Thomas Sagebiel

Landgerichte

Ernannt wurde

zur Vorsitzenden Richterin
am Landgericht:

Richterin am Landgericht
Dr. Agnes Goldmann in Wiesbaden

zur Richterin am Landgericht:

Richterin auf Probe Georgina Gudzik
in Hanau
unter Berufung in das Richterverhältnis auf
Lebenszeit

zum Richter am Landgericht:

- Richter auf Probe Sebastian Ferner
in Marburg
 - Richter auf Probe Jens Franssen
in Frankfurt am Main
 - Richter auf Probe Dr. Endrik Kramski
in Limburg an der Lahn
 - Richter auf Probe Dr. Andreas Wegmer
in Frankfurt am Main
- alle unter Berufung in das Richterverhältnis
auf Lebenszeit

Staatsanwaltschaften

Ernannt wurde

zum Oberstaatsanwalt als Abteilungsleiter bei einer Staatsanwaltschaft und als ständiger Vertreter einer Leitenden Oberstaatsanwältin oder eines Leitenden Oberstaatsanwalts:

Oberstaatsanwalt als Abteilungsleiter bei einer Staatsanwaltschaft Oliver Kuhn,
Staatsanwaltschaft Darmstadt
unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe

zur Oberstaatsanwältin als
Abteilungsleiterin bei einer
Staatsanwaltschaft:

Staatsanwältin Barbara Homm
Staatsanwaltschaft Darmstadt
unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf
Probe

zur Staatsanwältin:

- Richterin auf Probe
Anja Müller-Brandenstein
in Wiesbaden
 - Richterin auf Probe Isabelle Schad
in Darmstadt
- beide unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

zum Staatsanwalt:

Richter auf Probe Dr. Jacob Bonavita
in Frankfurt am Main
unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf
Lebenszeit

Amtsgerichte

Ernannt wurde

zum Richter am Amtsgericht
als weiterer aufsichtführender
Richter:

Richter am Amtsgericht Dr. Kai Zehelein
in Hanau

zur Richterin am Amtsgericht:

Richterin auf Probe Johanna Rustler
in Frankfurt am Main
unter Berufung in das Richter Verhältnis auf
Lebenszeit

zum Richter am Amtsgericht:

- Richter auf Probe Johannes Lischek
in Alsfeld
 - Richter auf Probe Daniel Benedict Kirsch
in Frankfurt am Main
- beide unter Berufung in das Richter Verhältnis auf Lebenszeit

Ausgeschieden ist

wegen Ruhestand:

Richterin am Amtsgericht
Mechthild Schwerer-Schulz
in Langen (Hessen)

Verwaltungsgerichte

Ernannt wurde

zur Richterin am Verwaltungsgericht:

Richterin kraft Auftrags
Julia Lieselotte Anna Schwartz
in Wiesbaden
unter Berufung in das Richterverhältnis auf
Lebenszeit

zum Richter am Verwaltungsgericht:

Richter auf Probe Ulrich Gatzka
in Darmstadt
unter Berufung in das Richterverhältnis auf
Lebenszeit

Ausgeschieden ist

wegen Ruhestand:

- Richter am
Hessischen Verwaltungsgerichtshof
Alexander Werner Birk
in Kassel

Sozialgerichte

Ernannt wurde

zur Richterin am Sozialgericht:

Richterin auf Probe Maïke Steuernagel
in Darmstadt
unter Berufung in das Richterverhältnis auf
Lebenszeit

Justizvollzugsbehörden

Ernannt wurde

zur Psychologieoberrätin:

Psychologierätin Silvia Manhillen, Weiterstadt

zur Psychologierätin:

Psychologin Stefanie Voit, Rockenberg
unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf
Probe

zum Psychologierat:

Beschäftigter Jan-Niclas Sirsch, Weiterstadt
unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf
Probe

- zum Regierungsrat: Beschäftigter El Hadi Khelladi,
H.B. Wagnitz-Seminar, - Dienstleistungszentrum für den hessischen Justizvollzug unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe
- zum Oberamtsrat: - Amtsrat Nikolaus Hermes,
Frankfurt am Main III
- Amtsrat Heiko Buch,
H.B. Wagnitz-Seminar, - Dienstleistungszentrum für den hessischen Justizvollzug -
- zur Amtsrätin: Amtfrau Christina Großmann,
H.B. Wagnitz-Seminar, - Dienstleistungszentrum für den hessischen Justizvollzug-
- zum Amtsrat: Amtmann Matthias Stoppok,
H.B. Wagnitz-Seminar - Dienstleistungszentrum für den hessischen Justizvollzug-
- zur Oberinspektorin: - Inspektorin Laura-Christin Ketter,
Frankfurt am Main I
- Inspektorin Eva Geyer, Weiterstadt
- Amtsinspektorin im JVD Petra Falkenberg,
Frankfurt am Main III
- Amtsinspektorin im JVD Anke Meyer,
Frankfurt am Main III
- Amtsinspektorin im JVD Stefanie Klein,
Kassel II - Sozialtherapeutische Anstalt -
- zum Oberinspektor: - Dipl.-Sportlehrer Lennart Weimer,
Weiterstadt
unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe

- Amtsinspektor im JVD Uwe Dehne,
Darmstadt
- Amtsinspektor im JVD Maik Rücker,
Frankfurt am Main I
- Amtsinspektor im JVD Udo Kramm, Fulda
- Amtsinspektor im JVD Jürgen Heinemann,
Kassel I
- Amtsinspektor im JVD Stefan Mecke,
Kassel I
- Amtsinspektor im JVD Reiner Heinmüller,
Schwalmstadt
- Amtsinspektor im JVD Reiner Knoch,
Schwalmstadt
- Amtsinspektor im JVD Gerold Sack,
Schwalmstadt

- Amtsinspektor im JVD Wolfgang Stähling, Schwalmstadt
 - Amtsinspektor im JVD Torsten Henrichs, Wiesbaden
- zur Stationsschwester: Gesundheits- und Krankenpflegerin Anika Moser, Kassel I
- zur Obersekretärin: Sekretärin Regina Drabuschewski, Frankfurt am Main IIII
- zur Obersekretärin im JVD:
 - Obersekretärinwärterin im JVD Tatjana Rühl, Frankfurt am Main III
 - Obersekretärinwärterin im JVD Mareike Betz, Hünfeld
beide unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe
- zum Obersekretär im JVD:
 - Obersekretärinwärter im JVD Tim Göttmann, Dieburg
 - Obersekretärinwärter im JVD Nils Robin Hansen, Frankfurt am Main I
 - Obersekretärinwärter im JVD Jens Huber, Frankfurt am Main IV - Gustav-Radbruch-Haus -
 - Obersekretärinwärter im JVD Andreas Scherer, Frankfurt am Main IV - Gustav-Radbruch-Haus -
 - Obersekretärinwärter Marcel Kramm, Fulda
 - Obersekretärinwärter im JVD Philipp Blum, Kassel II - Sozialtherapeutische Anstalt -
 - Obersekretärinwärter im JVD Sascha Becker, Schwalmstadt
 - Obersekretärinwärter im JVD Matthias Kusnezow, Weiterstadt
 - Obersekretärinwärter im JVD Patrick Dillenberger, Wiesbaden
 - Obersekretärinwärter im JVD Marcel Jung, Wiesbaden
alle unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe

zum Oberwerkmeister:

- Handwerksmeister Maximilian Habel,
Frankfurt am Main I
 - Handwerksmeister Peter Seitz,
Rockenberg
 - Obersekretäranwärter im JVD
Steffen Schäfer, Schwalmstadt
- alle unter Berufung in das Beamtenverhältnis
auf Probe

zur Obersekretäranwärterin
im JVD:

- Beschäftigte im JVD Darleen Namyslo,
Gießen
 - Beschäftigte im JVD Michelle Polednik,
Schwalmstadt
- beide unter Berufung in das Beamtenverhältnis
auf Widerruf

zum Obersekretäranwärter
im JVD:

- Beschäftigter im JVD Vilius Sandaras,
Butzbach
- Beschäftigter im JVD Nawid Wahabzada,
Butzbach
- Beschäftigter im JVD Max Lautenschläger,
Darmstadt
- Beschäftigter im JVD Dominik Le Maire,
Darmstadt
- Beschäftigter im JVD Kevin Meixner,
Dieburg
- Beschäftigter im JVD Gerard Lünsmann,
Frankfurt am Main I
- Beschäftigter im JVD Amin Youssef,
Frankfurt am Main I
- Beschäftigter im JVD David Alamatidēs,
Gießen
- Beschäftigter im JVD Christo Boidanidis,
Gießen
- Beschäftigter im JVD Felix Grunz, Kassel I
- Beschäftigter im JVD Tugay Yantut,
Kassel II - Sozialtherapeutische Anstalt -
- Beschäftigter im JVD Yannick Lehmann,
Rockenberg
- Beschäftigter im JVD Nico Eberhardt,
Schwalmstadt
- Beschäftigter im JVD Nico Geisel,
Schwalmstadt
- Beschäftigter im JVD Steffen Schäfer,
Schwalmstadt
- Beschäftigter im JVD Felix Schiemann,
Schwalmstadt

- Beschäftigter im JVD Daniel Wiegratz, Schwalmstadt
 - Beschäftigter im JVD Raffaele Banchetto, Weiterstadt
 - Beschäftigter im JVD Denis Hamm, Weiterstadt
 - Beschäftigter im JVD Jonas Horhäuser, Weiterstadt
- alle unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf

zur Krankenschwester:

Gesundheits- und Krankenpflegerin
Jeanette Kubik, Kassel I
unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe

Berufen wurde

in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

- Gesundheits- und Krankenpflegerin Anika Moser, Kassel I
- Obersekretärin im JVD Corinna Hermel, Frankfurt am Main III
- Obersekretärin im JVD Fabienne Simon, Frankfurt am Main III
- Obersekretärin im JVD Ute Taron, Wiesbaden
- Obersekretär im JVD Benjamin Rühl, Butzbach
- Obersekretär im JVD Daniel Böck, Darmstadt
- Obersekretär im JVD Destiny Joseph Bazemore, Frankfurt am Main I
- Obersekretär im JVD Patrick Heil, Frankfurt am Main I
- Obersekretär im JVD David Köhler, Frankfurt am Main I
- Obersekretär im JVD Julian Seckler, Frankfurt am Main IV
- Gustav-Radbruch-Haus -
- Obersekretär im JVD Viktor Krieger, Kassel I
- Obersekretär im JVD Marco Müller, Limburg a. d. Lahn
- Obersekretär im JVD Michael Charakter, Weiterstadt
- Obersekretär im JVD Florian Schwerdt, Weiterstadt
- Obersekretär im JVD Murat Taysi, Weiterstadt

- Obersekretär im JVD Philipp Wille, Weiterstadt
- Oberwerkmeister Maximilian Preis, Butzbach
- Oberwerkmeister Andreas Walter, Dieburg
- Oberwerkmeister Thomas Ide, Kassel I
- Oberwerkmeister Mario Wieber, Kassel

Versetzt wurde

von der JVA Wiesbaden

an die JVA Frankfurt am Main I:

Anstaltsärztin Cornelia Bucksch-Beudt

von der JVA Frankfurt am Main I

an die JVA Frankfurt am Main

III:

Obersekretär im JVD

Stephan Alexander Heimsoth

von der JVA Frankfurt am Main

III an die JVA Butzbach:

Inspektor Alexander Lehr

Ausgeschieden ist

wegen Ruhestand:

- Regierungsobererrat Hartmut Sonnenberg, Weiterstadt
- Amtfrau Helene Willenbücher, Weiterstadt
- Amtmann Peter Ruck, Dieburg
- Amtmann Hans-Peter Buhlmann, Hünfeld
- Amtmann Georg Weirich, Schwalmstadt
- Oberinspektorin Marita Mittelstaedt, Weiterstadt
- Amtsinspektor im JVD Robert Karn, Dieburg
- Amtsinspektor im JVD Klaus-Dieter Schulz, Gießen
- Amtsinspektor im JVD Harald Schön, Kassel II - Sozialtherapeutische Anstalt -
- Amtsinspektor im JVD Armin Schuchhardt, Schwalmstadt
- Amtsinspektor im JVD Reinhold Stehl, Schwalmstadt
- Amtsinspektor im JVD Andreas Breitung, Wiesbaden
- Hauptsekretärin im JVD Gabriele Linz, Frankfurt am Main III
- Hauptsekretär im JVD Ernst Kapitz, Kassel II - Sozialtherapeutische Anstalt -
- Hauptsekretär im JVD Theodor Franz Vogel, Weiterstadt
- Hauptsekretär im JVD Uwe Helm, Wiesbaden

Notarinnen und Notare

Bestellt wurde

zur Notarin:

Rechtsanwältin Dr. Catalina Sophie Perlick
mit dem Amtssitz in Königstein im Taunus

zum Notar:

Rechtsanwalt Christopher Benedict Käß
mit dem Amtssitz in Wiesbaden

Ausgeschieden ist

auf eigenen Antrag:

Notar Wolfgang Ulrich Franz Pernesch,
Frankfurt am Main, mit Ablauf des 28.02.2021

aufgrund des Erreichens
der Altersgrenze:

- Notarin Dr. Marion Gertrud Schaller,
Immenhausen, mit Ablauf des 31.05.2021
- Notar Otfried Schwarz,
Butzbach, mit Ablauf des 28.02.2021

STELLENAUSSCHREIBUNGEN

Ordentliche Gerichtsbarkeit

Es wird Bewerbungen entgegengesehen um die Stellen für:

1. eine Vorsitzende Richterin oder einen Vorsitzenden Richter am Landgericht (R 2) bei dem Landgericht Darmstadt
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Januar 2018 veröffentlichten Anforderungsprofil (S. 52 ff., Anlage 1, Nr. 2.3) auszurichten.
2. eine Vorsitzende Richterin oder einen Vorsitzenden Richter am Landgericht (R 2) bei dem Landgericht Darmstadt
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Januar 2018 veröffentlichten Anforderungsprofil (S. 52 ff., Anlage 1, Nr. 2.3) auszurichten.
3. eine Vorsitzende Richterin oder einen Vorsitzenden Richter am Landgericht (R 2) bei dem Landgericht Limburg an der Lahn
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Januar 2018 veröffentlichten Anforderungsprofil (S. 52 ff., Anlage 1, Nr. 2.3) auszurichten.
4. eine Vorsitzende Richterin oder einen Vorsitzenden Richter am Landgericht (R 2) bei dem Landgericht Limburg an der Lahn
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Januar 2018 veröffentlichten Anforderungsprofil (S. 52 ff., Anlage 1, Nr. 2.3) auszurichten.

Staatsanwaltschaften

5. eine Oberstaatsanwältin als Abteilungsleiterin bei einer Staatsanwaltschaft oder einen Oberstaatsanwalt als Abteilungsleiter bei einer Staatsanwaltschaft (R 2) bei der Staatsanwaltschaft Fulda

Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Januar 2018 veröffentlichten Anforderungsprofil (S. 52 ff., Anlage 1, Nr. 2.7.) auszurichten.

Vollzeitstellen sind grundsätzlich teilbar.

Bewerbungen von Frauen sind besonders erwünscht. Aufgrund des Frauenförderplans besteht eine Verpflichtung zur Erhöhung des Frauenanteils.

Schwerbehinderte Richterinnen und Richter, Beamtinnen und Beamte sowie Angestellte werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen sind binnen **drei Wochen** auf dem Dienstweg an das Hessische Ministerium der Justiz in Wiesbaden zu richten.

Eine Beschränkung des Auswahlverfahrens auf eventuelle Versetzungsbewerberinnen und -bewerber bleibt ebenso vorbehalten wie eine an Verwaltungsbeurteilungen orientierte Ermessensentscheidung zwischen mehreren Versetzungsbewerberinnen und -bewerbern.

Ordentliche Gerichtsbarkeit

Bei dem Landgericht Wiesbaden ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt das Arbeitsgebiet einer Geschäftsleiterin oder eines Geschäftsleiters (§ 4 GO) verbunden mit der Tätigkeit einer Personalreferentin oder eines Personalreferenten neu zu besetzen.

Bezüglich der vorgenannten Stellenausschreibung wird erwartet, dass die Bewerberin oder der Bewerber folgendem Anforderungsprofil entspricht:

I. Allgemeine Voraussetzungen:

- Pflichtbewusstsein
- Leistungsbereitschaft
- Belastbarkeit
- Flexibilität
- Initiative
- Besonders gute Auffassungsgabe
- Gutes mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen
- Kostenbewusstsein

II. Besondere Voraussetzungen:

1. Fachkompetenz
 - Erfahrung in der Rechtspflege und / oder der Justizverwaltung
 - Mindestens sehr gutes fachliches Können
2. Soziale Kompetenz
 - Kontaktfähigkeit, Gesprächsbereitschaft
 - Fähigkeit zur Konfliktlösung und Einfühlungsvermögen
 - Fähigkeit zu interner und externer Zusammenarbeit
3. Führungskompetenz
 - Fähigkeit zum Vorbild
 - Entscheidungskompetenz, Durchsetzungsvermögen, Verhandlungsgeschick
 - Befähigung zur Personalführung und Motivation
4. Organisatorische Kompetenz
 - Befähigung zur Steuerung und Veränderung von Organisationsabläufen
 - Befähigung zur Entwicklung und Umsetzung von Neuerungen
 - Befähigung zum sachgerechten Personaleinsatz
5. Interkulturelle Kompetenz

Bewerbungen sind binnen eines Monats auf dem Dienstweg an die Präsidentin des Landgerichts Wiesbaden zu richten.

Bewerbungen von Frauen sind besonders erwünscht.

Auf Grund des Frauenförderplans besteht die Verpflichtung zur Erhöhung des Frauenanteils.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Interessierten Frauen und Männern wird die Möglichkeit gegeben, sich durch Schulung und Hospitation auf die Übernahme der Stelle vorzubereiten.

Sozialgerichtsbarkeit

Eine Oberinspektorin oder ein Oberinspektor (Besoldungsgruppe A 10 HBesG) bei dem Sozialgericht Kassel als Kostenbeamtin oder Kostenbeamter mit Verwaltungsaufgaben.

Die Stelle ist ab sofort zu besetzen.

Aufgabengebiet:

Alle in der Sozialgerichtsbarkeit anfallenden Aufgaben der Kostensachbearbeitung, der Rechtsantragstelle sowie Verwaltungs- und Personalführungsaufgaben im Rahmen der Stellvertretung der Geschäftsleitung des Gerichts.

Die Bewerberin oder der Bewerber sollte folgendes Anforderungsprofil erfüllen:

I. Allgemeine Voraussetzungen

- Laufbahnprüfung für den gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst oder für
- den Rechtspflegerdienst sowie vergleichbare Laufbahnprüfungen
- Pflichtbewusstsein
- Flexibilität
- Belastbarkeit
- gutes mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen
- Leistungsbereitschaft
- Engagement und Verantwortungsbewusstsein
- Fähigkeit zu selbständiger, ergebnisorientierter Arbeit

II. Besondere Voraussetzungen

1. Fachkompetenz
 - gute Fachkenntnisse, insbesondere des Kosten- und Entschädigungsrechts und der Grundzüge des Sozialrechts
 - gute Kenntnisse beim Einsatz von Informationstechnik
 - klares Urteilsvermögen
2. Soziale Kompetenz
 - Kontaktfähigkeit
 - Verhandlungsgeschick
 - Fähigkeit zur Konfliktlösung
 - Fähigkeit zur kooperativen Zusammenarbeit mit der Gerichtsleitung
3. Führungskompetenz
 - Befähigung zur Personalführung und Motivation
 - Entscheidungskompetenz, Durchsetzungsvermögen

Teilzeitbeschäftigung ist grundsätzlich möglich.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen sind in zweifacher Ausfertigung **binnen 3 Wochen** auf dem Dienstweg an den Präsidenten des Hessischen Landessozialgerichts zu richten.

INTERESSENSBEKUNDUNGSVERFAHREN

An der **Hessischen Hochschule für Finanzverwaltung und Rechtspflege**
in Rotenburg an der Fulda

ist im **Wege der Abordnung zum 1. Juli 2021**

eine Stelle als **hauptamtliche Lehrkraft (m/w/d) am Fachbereich Rechtspflege**
zu besetzen.

Das Interessensbekundungsverfahren richtet sich an Bewerberinnen und Bewerber aus dem richterlichen Dienst.

Die Aufgaben als hauptamtliche Lehrkraft nach § 23 Verwaltungsfachhochschulgesetz (VerwFHG) umfassen die Lehre in den Lehrgebieten nach der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den Laufbahnzweig des Rechtspflegerdienstes im gehobenen Justizdienst (APORpflD) mit Schwerpunkten in den Bereichen Grundlagen des Zivilrechts und Zivilprozessrecht, Familienrecht, Nachlassrecht, Registerrecht mit Handels- und Gesellschaftsrecht, Strafrecht und Strafprozessrecht sowie Mitwirkung bei der Fortbildung von Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern für die Hessische Justizakademie.

Erwartet werden die Befähigung zur praxisbezogenen Lehre, die Bereitschaft zu fächerübergreifender Zusammenarbeit auch mit den Ausbildungsgerichten, regelmäßiger methodisch-didaktischer Fortbildung und zur Übernahme von Funktionen in der Selbstverwaltung von Hochschule und Fachbereich.

Die nach § 24 VerwFHG erforderliche pädagogische Eignung kann auch während der Lehrtätigkeit erprobt werden.

Eine Hospitation am Fachbereich ist möglich.

Vollzeitstellen sind grundsätzlich teilbar. Bewerbungen von Frauen sind besonders erwünscht. Aufgrund des Frauenförderplans besteht eine Verpflichtung zur Erhöhung des Frauenanteils. Schwerbehinderte Richterinnen und Richter werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen sind bis zum 31. März 2021 auf dem Dienstweg an das Hessische Ministerium der Justiz in Wiesbaden zu richten.

Für weitere Informationen steht Ihnen Herr Vogt (0611/32-142746) gerne zur Verfügung.

Herausgeber: Hessisches Ministerium der Justiz, Wiesbaden

Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils:
Leitende Ministerialrätin Zubrod, Hessisches Ministerium der Justiz, Luisenstraße 13, 65185 Wiesbaden

Die Buchbesprechungen stehen unter alleiniger Verantwortung der Verfasserin oder des Verfassers.

ISSN 0022-7064

Kontakt/Abonnement:

Frau Paulmichl, Tel. (0611) 32 27 28, Fax (0611) 32 27 63, jmb1@hmdj.hessen.de

Das Blatt erscheint in der Regel monatlich einmal. Jahres-Abonnement-Bestellungen sind an das Hessische Ministerium der Justiz zu richten. Der jährliche Bezugspreis in Höhe von 18,50 € ist **nach Erhalt dergesonderten Rechnung** zu überweisen. Diese beinhaltet die **Bankverbindung** sowie die **unbedingt anzugebende Referenznummer**. **Abonnementkündigungen** können nur **zum 31. Dezember eines Kalenderjahres** vorgenommen werden.

Einzelstücke sind bei der Justizvollzugsanstalt Darmstadt oder, für Abonnenten, bei dem Hessischen Ministerium der Justiz erhältlich. Preis dieser Nummer: 1,07 Euro.

Einbanddecken können kostenpflichtig bei der Justizvollzugsanstalt Darmstadt oder der Justizvollzugsanstalt Kassel I - Buchbinderei -, Theodor-Fiedner-Straße 12, 34121 Kassel, bestellt werden.

Datenschutzhinweise:

Verantwortlich für die Verarbeitung personenbezogener Daten bei der Bestellung von Abonnements und Einzelstücken ist das Hessische Ministerium der Justiz. Die mitgeteilten personenbezogenen Daten werden ausschließlich zum Zweck der postalischen Zusendung der bestellten JMBI.-Ausgaben und der entsprechenden Rechnungen gespeichert und verarbeitet. Zugriff zu den Daten ist nur den dafür zuständigen Beschäftigten eingeräumt. Bei Abonnements erfolgt eine Weitergabe der Daten zum Zweck des Versands an den Verlag Chmielorz GmbH, Wiesbaden, der als Dienstleister im Auftrag und nach den Vorgaben des Hessischen Ministeriums der Justiz tätig wird.

Bei Kündigung eines Abonnements werden die dazu gespeicherten Daten drei Jahre nach Zahlung der letzten Jahresbezugsgebühr, bei Einzelbestellungen drei Jahre nach Zahlung des Bezugspreises gelöscht.

Betroffene können vom Hessischen Ministerium der Justiz Auskunft über ihre verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. Sie können sich an den Datenschutzbeauftragten wenden (Datenschutzbeauftragter@hmdj.hessen.de).

Weitere Hinweise zum Datenschutz sind ersichtlich auf der Internet-Seite des Hessischen Ministeriums der Justiz unter www.justizministerium.hessen.de.

**Druck: Justizvollzugsanstalt Darmstadt - Fritz-Bauer-Haus -
Marienburgstraße 74, 64297 Darmstadt**

Dieses Produkt wird zu 100 % aus Recycling-Papier hergestellt.

